

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bernstr. Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postkonton  
Dresden 1530.  
Stroßasse  
Riesa Nr. 22

Nr. 43.

Donnerstag, 20. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverhältnissen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Druckerschriftzeile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Karze. Bemerkung: Kabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Anzeigenbelege "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Kampf um das Notopfer.

Die Auseinandersetzungen der Parteien über die Verteilung der Younglasten sind durch den Vorstoß des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der bekanntlich der sozialdemokratischen Partei nahesteht, in ein neues Stadium getreten. Nach zweitägigen Beratungen kamen die freien Gewerkschaften und die mit ihnen verbündeten Verbände zu dem Ergebnis: „Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.“

Damit hat der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund die Forderung nach einem Notopfer von Besitz und Einkommen in aller Form aufgenommen, die in den letzten Tagen nur gerüchelt wurde. Sind die steuerlichen Wünsche im einzelnen auch noch nicht näher formuliert, so kann jetzt doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten die Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zur Sanierung der Reichsfinanzen und Reform der Reichsfinanzen ablehnen. Versucht wird diese politische Lage noch dadurch, daß der Reichsarbeitsminister Bissell entschlossen scheint, die vom Reichskabinett beschlossene Kürzung des Sozialhaushalts vor dem Reichstag nicht zu verteidigen. Man kann damit rechnen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit Bissell solidarisch erklärt.

Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig von der anderen Seite her die Wirtschaft und Wissenschaft mit einer Erklärung aufmarschiert, die verlangt, daß das Finanzpolitische Steuer des Reichs gründlich herumgeworfen wird. Die Volkswirtschaft bedarf einer tiefgehenden Erleichterung der öffentlichen Lasten, verlangen die führenden Männer der deutschen Volkswirtschaft. Eine Fortführung der gegenwärtigen Finanzpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden, die die zur Wertschöpfung und Kapitalbildung notwendigen Ueberschüsse in weitestem Umfang wegschneidet, ist hiermit wirtschaftlich und politisch unvereinbar. Sie muß grundlegend geändert werden. Die Steuern müssen insbesondere an den Stellen gesenkt werden, wo diese Senkung am wirksamsten dem Kapitalismus und der Kapitalbildung entgegenwirkt und so die heimische Kapitalbildung fördert.

Die ganze deutsche Geschäftswelt steht, darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben, geschlossen hinter den Wirtschaftsführern. Sie verlangt einmütig eine Senkung der Realsteuern, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, ihr Betriebskapital zu vermehren und den herrschenden Kreditkrisen zu entgehen. Aber auch die Bankwelt steht geschlossen hinter der Geschäftswelt, denn der deutschen Kapitalflucht ins Ausland kann mit Erfolg nur dann gesteuert werden, wenn der Steuerdruck abnimmt und die Kapitalanlage im Inland sich rentabel gestaltet.

Niemand soll sich trüben über die Schwere und Bedeutung des Kampfes täuschen. Letztlich handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Verteilung der Younglasten auf die verschiedenen Klassen und Stände unseres Volkes. Diese Verteilung ist überzuleist eine reine politische Frage. Dies ist bei den bisherigen Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss des Reichstags allerdings noch nicht klar in Erscheinung getreten, der Vorstoß des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes läßt aber keinen Zweifel mehr darüber bestehen, wozu die Reize geht. Er muß rebus sic stantibus geradezu als innerpolitischer Auftakt zu dem schweren Kampfe um die Verteilung der Younglasten auf unser Volk charakterisiert werden. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands steht im Begriffe, ihre Finanzpolitischen Schätzengrößen zu ziehen und damit ihre Aufmerksamkeit zu markieren.

Wird es möglich sein, daß die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags, die der Regierungskoalition angehören, die Sozialdemokratie aus ihrer festen Stellung herausmandrieren? Das ist die Frage, die schon in wenigen Tagen auf Wunsch des Zentrums öffentlich beantwortet sein soll. Gerade jetzt bedürft die „Germania“, das führende Berliner Zentrumsorgan, die Erklärung der Wirtschaftsführer erneut dazu, um festzustellen, daß eine Annahme des Youngplans die vorübergehende Sicherstellung der Sanierung unserer Finanzpolitik und ihre parnasische Weiterführung zur Voraussetzung hat. Dennoch scheint es mehr als fraglich, daß das Zentrum bei den übrigen Koalitionsparteien mit seinem Verlangen durchdringen wird.

In führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei ist man der Auffassung, daß mit Annahme der Youngpläne unsere Außenpolitik einen vorläufigen Abschluß gefunden hat und jetzt die brennenden innerpolitischen Fragen einer Klärung und Lösung entgegengeführt werden müssen. Der neue Parteiführer Dr. Schulz, der die Schwierigkeiten in seiner Partei wohl kennt, die auseinanderstrebenden Kräfte sieht und sich der steigenden Demissionen bewußt wird, die Partei zusammenzubalten, weiß, daß jedes weitere Nachgeben gegenüber den finanziellen und sozialpolitischen Gründen der Sozialdemokratie für seine Partei untragbar ist. Die Auswirkungen dieser Einstellung zeigen sich bereits in den letzten Tagen, die werden aber erst in der nächsten Woche mit voller Klarheit in Erscheinung treten.

Wenn nicht alles täuscht, läßt sich die Verbindung von Finanzreform und Youngplänen nicht durchführen. Die Youngpläne werden in diesem Monate noch ratifiziert werden. Sozialdemokraten und Deutsche Volksparteier leben der begründeten Auffassung, daß das Zentrum den

## Plötzliche Vertagung der Seemächtekonferenz.

\* London, 19. Februar. Die Arbeiten der Flottenkonferenz sind praktisch zum Stillstand gelangt. In amtlichen britischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß die Wiederaufnahme der Konferenzverhandlungen vor Mitte nächster Woche unwahrscheinlich ist. Die inoffiziellen Verhandlungen sollen jedoch anbahnen. Die Franzosen werden über die Ergebnisse laufend unterrichtet werden. Am Spätmorgen wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Konferenzarbeiten bis Mitte noch nächster Woche vertagt worden sind.

### Die italienische Flottenzeitschrift veröffentlicht.

\* London. Die italienische Abordnung veröffentlichte Mittwoch abend die angekündigte Zeitschrift über den ita-

lienischen Standpunkt zur Flottenabrüstungsfrage, in der u. a. festgestellt wird: Italien ist der Auffassung, daß die Flottenrüstungen ausschließlich Verteidigungszwecken dienen sollen und daher auf den niedrigst möglichen Stand gebracht werden müssen. Die Neufestsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes und der Begrenzung der einzelnen Schiffsklassen wird als das entscheidende Ziel der Flottenkonferenz bezeichnet. Die italienische Abordnung gibt der Verteidigung Ausdruck, daß die Konferenz nun diese von Italien von Anfang an vertretene Auffassung mitberücksichtigt und stellt in materieller Hinsicht fest, daß Italien bereit ist, schon jetzt die für eine andere kontinentale Macht festgesetzten Rüstungsbegrenzungen und Zahlen anzunehmen, gleichgültig, wie niedrig diese Zahlen sein mögen.

## Die Finanzverhandlungen beendet.

### Das Kabinett hat das Wort!

Abd. Berlin. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Brüning mit den Finanzpolitikern der Regierungsparteien im Reichstage wurden am Mittwoch abend nach mehrstündigen Beratungen abgeschlossen. Die Verhandlungsvorschläge des Finanzministers wurden eingehend besprochen und zum Teil auch neue Vorschläge von den Parteien gemacht. Die das Nachrichtenbüro des VDD. hört, handelt es sich nur um informatorische Besprechungen. Der Reichsfinanzminister wollte nämlich lediglich die Meinung der Parteien ausführlich kennen lernen. Nachdem das jetzt geschehen ist, wird das Finanzministerium eine Verhandlungsnotiz ausarbeiten und dem Kabinett zur Beschlusfassung unterbreiten. Die Parteien werden sich, sobald das Kabinett diese Vorlage sanctioniert hat, zu entscheiden haben, ob sie die Vorlage annehmen wollen oder nicht.

Ueber die Verhandlungen der Finanzpolitik der Regierungsparteien erfährt das Nachrichtenbüro des VDD. noch weiter, daß die Sozialdemokraten auf ihrem Vorschlag beharren, man solle zur Deckung des Defizits vorübergehend Zuschläge zur Einkommensteuer erheben. Dieser Vorschlag begegnete bei den übrigen Parteien lebhaftem Bedenken. Auch die vom Reichsfinanzminister selbst angeregte Erhöhung der Umsatzsteuer wurde namentlich von den Demokraten erwidert bekämpft. Zustimmung fand dagegen, und zwar besonders auch beim Zentrum, der Gedanke einer Biersteuer-Erhöhung, der nur von der Bayerischen Volkspartei abgelehnt wird.

Interfraktionelle Besprechungen der Finanzpolitischen Sachverhalte werden in den nächsten Tagen nicht stattfinden. Ueber Einzelfragen der verschiedenen Stats wird jedoch zwischen den Regierungsparteien weiter verhandelt. Am Mittwoch abend besprach z. B. Reichsoberste-

minister Dr. Stegerwald den Luftfahrtetat mit den an diesen Fragen interessierten Abgeordneten der Regierungsparteien. Auch über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung wird weiter verhandelt. Die nächste Besprechung darüber mit den Parteirepresenten werden der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister am Donnerstag haben.

### Sanita-Bund zur Finanzreform.

Abd. Berlin. Das Präsidium des Sanita-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie erläßt eine Erklärung, in der mit tiefen Bedauern festgestellt wird, daß die Besprechungen über die Neuordnung der Reichsfinanzen den Gedanke der Senkung der Ausgaben völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist. — Wir fordern nach wie vor eine Finanzreform, die die Gehaltskassen der Wirtschaft durch energische einseitige Steuerentlastung mindert und eine Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unter dem Gesichtspunkt herbeiführt, daß vor allem den letzteren reichsrechtlich als bewegliche Einnahmequellen Steuerarten zugewiesen werden, die die Gesamtheit aller Bürger erfaßt und damit die für eine finanzielle Kommunalwirtschaft unerlässliche unmittelbare Verknüpfung zwischen denen, die die Lasten tragen und denen, die die Ausgaben beschließen, herstellt. Wir empfehlen, die Entscheidung über den Youngplan als einen außerpolitischen Akt allein zu treffen und von der unmittelbaren Verknüpfung seiner Verabschiedung mit den Fragen der Reform- und Finanzreform angeht die entscheidende Bedeutung dieser Probleme für Deutschlands wirtschaftliche Gegenwart und Zukunft abzuleben. Wir warnen dringend davor, die hier notwendigen Maßnahmen zum Gegenstand übereilter politischer parteiständiger Kompromisse werden zu lassen.

Youngpläne auch dann zustimmen wird, wenn seine finanzpolitischen Wünsche nicht erfüllt sind, da es nicht die Verantwortung auf sich nehmen kann, daß die besetzten rheinischen Gebiete nicht rechtzeitig geräumt werden.

## Die Zollfriedenskonferenz zum Scheitern verurteilt?

\* Genf. (Telunion.) Zwischen den auf der Zollkonferenz vertretenen Mächten, die den Gedanken eines Zollwaffenstillstandes unterstützen, und zwar Deutschland, England, Belgien, Holland, Dänemark und der Schweiz, hat auf privatem Wege eine Stellungnahme stattgefunden, in der versucht wurde, eine einseitige Haltung gegenüber den oppositionellen Mächten herbeizuführen. Man scheint hierbei die Mittel erzwungen zu haben, die im Falle des allgemein erwarteten Scheiterns der Konferenz ergriffen werden sollen.

### Die Genfer Nachmittagskationen.

\* Genf. (Telunion.) Die allgemeine Aussprache in der Mittwochnachmittagskation der Zollfriedenskonferenz bewegte sich im Rahmen allgemeiner leerer Reden, die die so sehr gewünschte Klarheit hinsichtlich der Stellung der einzelnen Regierung zum Zollfriedensgedanken vermissen ließen. Die meisten Redner wandten die im Völkerbund seit Jahren so viel geübte Methode an, einen neuen Vorschlag in der Welt abzulehnen, die zunächst theoretisch gegebene Zustimmung durch praktische Vorbehalte und Verschlebung des Verhandlungsthemas hinfällig zu machen. Allgemein ist daher in Konferenzkreisen der dringende

Wunsch lebendig geworden, die sterilen und die wahre Stellung der einzelnen Regierungen verdeckelnden Reden allgemein theoretischer Natur allgemein zu Ende zu führen, um sodann in den geschlossenen Kommissionsverhandlungen die tatsächliche Stellung der einzelnen Regierungen zu dem Zollfriedensgedanken festzustellen und zu praktischer Arbeit gelangen zu können. Das Ausscheiden der französischen Abordnung infolge der Regierungskrise, die nach längerer Auffassung Frankreich im Hinblick auf die Londoner und die Genfer Konferenz höchstgelegenen gekommen ist, wirkt sich weiter fördernd aus.

### Stellung des Ruhrbündnisses zum Neuen Plan.

In einer Veröffentlichung im „Ruhrbündler“ betont der Deutsche Reichsriegerbund „Ruhrbündler“, daß sein neutrales Verhalten zum Neuen Plan kein Zeichen von Unentschlossenheit sei, sondern eine schwer erkaufte Zurückhaltung, um nicht Parteigegensätze in seine Organisation hineinzutragen, in der durch 3 Millionen Mitglieder alle staatsferhaltenen Parteien vertreten sind. Gewiß sei der Neue Plan eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes, aber wir können auch vor der erschütternden Tatsache, daß Gegner und Befürworter des Planes je nach ihrer Parteigebhörigkeit ihren Weg für den einzig möglichen halten. Die Regierung könne wirkungsvolle Schritte gegen die uns immer mehr verflavende Doppelpolitik unsere Gegner nur dann unternehmen, wenn sie hinter sich ein Volk weiß, das in dem Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage in geschlossener Einmütigkeit zusammensteht. Die weiteren schweren wirtschaftlichen Nöte, denen wir, wie die Entscheidung über den Neuen Plan auch ausfallen mag, entgegengehen und die immer stärker drohende Bolschewismus verlangen in erster Linie eine Zusammenfassung aller nationalen und sittlichen Kräfte. Die deutschen Lebens- und Schicksalsfragen dürfen nicht vom Parteistandpunkte aus behandelt werden, sie sind nur durch einen nationalen deutschen Einheitswillen zu lösen.